

Ressort: Finanzen

Türkei-Exporte im ersten Halbjahr mit 832 Millionen Euro abgesichert

Berlin, 16.08.2018, 07:48 Uhr

GDN - Trotz wirtschaftlicher Unsicherheiten und anhaltender Bürgerrechtsverletzungen in der Türkei hat die Bundesregierung Geschäfte deutscher Unternehmen im ersten Halbjahr mit Hermes-Bürgschaften in Höhe von rund 832 Millionen Euro abgesichert. Das berichtet die "Neue Osnabrücker Zeitung" (Donnerstagsausgabe) unter Berufung auf die Antwort des Bundeswirtschaftsministeriums auf eine Kleine Anfrage der Linkspartei.

"In den ersten sechs Monaten des Jahres 2018 hat die Bundesregierung Lieferungen und Leistungen in die Türkei in Höhe von 831,7 Millionen Euro mit Exportgarantien abgesichert", heißt es in dem Papier. Eine intensive Einzelfallprüfung trage dem "Gesichtspunkt der Risikosteuerung aktuell ausreichend Rechnung". Die Linken übten massive Kritik am Vorgehen der Bundesregierung. "Es drängen sich Fragen nach der Ernsthaftigkeit dieser Risikoprüfung auf. Im ersten Halbjahr 2018 wurden Verträge in Höhe von 831,7 Millionen abgesichert, obwohl die Lira sich in freiem Fall befindet und die türkische Wirtschaft insgesamt als äußerst schwach gilt", sagte Alexander Neu, Obmann der Linksfraktion im Verteidigungsausschuss, der Zeitung. "Es ist nicht akzeptabel, dass die Partnerschaft zwischen deutscher und türkischer Regierung unabhängig von der Menschenrechtslage und den Risiken für die Steuerzahler gepflegt wird", sagte er. Nach Ansicht von Neu ist es "befremdlich, dass die ohnehin nur sehr soften Sanktionen gegen die Türkei trotz fortgesetzter gravierender Menschenrechtsverletzungen aufgehoben wurden - und das ohne jede politische Begründung". Offensichtlich hoffe "die Bundesregierung darauf, die Beziehungen zum ökonomisch und militärisch wichtigen Partner Türkei normalisieren zu können - trotz aller Angriffe Erdogans auf grundlegende Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit", sagte Neu weiter. 2017 hatte die Bundesregierung ihre Türkei-Politik wegen der Inhaftierung mehrerer deutscher Staatsbürger aus politischen Gründen verschärft. Dazu gehörte auch die Deckelung der Hermes-Bürgschaften, mit denen der Bund deutsche Exportunternehmen vor Verlusten durch ausbleibende Zahlungen ausländischer Geschäftspartner schützt, bei 1,5 Milliarden Euro. Der Umfang der Hermes-Bürgschaften stieg trotz der politischen Krisen in 2017 um fast ein Drittel auf 1,46 Milliarden Euro und blieb damit knapp unter der erlaubten Grenze. Im laufenden Jahr hatte die Bundesregierung die Deckelung nicht verlängert.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-110021/tuerkei-exporte-im-ersten-halb-jahr-mit-832-millionen-euro-abgesichert.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org

info@gna24.com
www.gna24.com